



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umwelt- und Agrarausschuss
- L 212 -

Kiel, 30. April 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 610 1180
Umweltausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

47. Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses

*am Mittwoch, dem 29. April 2015, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 14 Uhr

In einem nicht öffentlichen Sitzungsteil ließ sich der Ausschuss von der Landwirtschaftskammer über die **Zukunft des Gütezeichens „Geprüfte Qualität“** unterrichten. Daran schloss sich eine Diskussion an.

Im öffentlichen Sitzungsteil nahm der Ausschuss Berichte zu folgenden Themen entgegen, an die sich jeweils eine kurze Diskussion anschloss:

- **Möglicher Wolfsangriff auf eine Schafherde in Rodenbek**
- **Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Vermeidung von Schäden bei der Lagerung von Atommüllfässern**
- **Klage von Greenpeace gegen Gorleben als Atommüll-Endlager**
- **Mögliche Initiativen der Landesregierung zur Durchsetzung eines Verbotes von Wildtieren in Zirkussen**

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU schloss sich der Ausschuss dem voraussichtlichen Votum des Finanzausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/22234](#) - mit gleichem Stimmverhalten - an.

Hinsichtlich des Antrags der Regierungskoalition, **Eine Strategie für den Nordseeraum entwickeln**, [Drucksache 18/2496](#), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung von CDU und FDP dem federführenden Europaausschuss, dem Landtag die Annahme des Antrags in der Fassung des Änderungsantrags [Umdruck 18/4206](#) zu empfehlen.

Den Bericht der Landesregierung, **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2015**,
[Drucksache 18/2750](#), nahm der Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Einvernehmlich setzte der Ausschuss den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Änderung des Gesetzes zur Vorbeugung und Abwehr der von Hunden ausgehenden Gefahren**,
[Drucksache 18/925](#), von der Tagesordnung ab. Beabsichtigt ist, diesen Gesetzentwurf in der Sitzung am 10. Juni zu beraten. Die zweite Lesung wird in der Juni-Tagung angestrebt.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Petra Tschanter